

ALTERNATIVEN FÜR DRESDEN

Informationen der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden

KEINE ASYLBEWERBER IN TURNHALLEN

mehr auf Seite 3

JUNG, MÄNNLICH – UND MUSLIMISCH

mehr auf Seite 5

GRÜNDUNG INVEST REGION DRESDEN

mehr auf Seite 7

Unter dem Titel „Lange genug abGEZockt, weg mit der Zwangsgebühr“ startete die AfD im Jahr 2014 eine Volksinitiative zur Abschaffung des Rundfunkbeitrages (<http://rundfunkbeitrag-abschalten.de>), die auch von der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden inhaltlich begrüßt wird.

DRESDENS RUNDFUNK- BEITRAG: 122.577 EUR.



Anfrage der AfD-Fraktion enthüllt deutliche Kostensteigerung durch neue Regelung.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Dresdner Stadtrat, Stefan Vogel, stellte unter dem Titel „Finanzielle Belastung der Landeshauptstadt Dresden durch den sogenannten Rundfunkbeitrag“ am 6. Oktober 2015 eine schriftliche Anfrage (AfO797/15), die drei Wochen später von Oberbürgermeister Dirk Hilbert beantwortet wurde. Aus dieser Antwort geht hervor, dass sich durch den am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen 15. „Rundfunkänderungsstaatsvertrag“ deutliche Mehrkosten für die Landeshauptstadt Dresden ergeben haben.

Waren es 2012 noch genau 99.569,33 EUR Zwangsgebühr, die an die damalige Gebühreneinzugszentrale (GEZ) abzuführen waren, so erhöhte sich der städtische „Rundfunkbeitrag“ im Jahr 2013 auf Grund der neuen Regelungen sprunghaft um ein Fünftel auf 119.396,10 EUR – um schließlich

„Die Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss als Ausdruck des Gebots der Vielfaltsicherung dem Gebot der Staatsferne genügen. Danach ist der Einfluss der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien konsequent zu begrenzen.“ (Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum staatlichen Einfluss in den ZDF-Aufsichtsgremien vom 25.03.2014; 1 BvF 1/11)

im vergangenen Jahr 2014 nochmals auf 122.577,82 EUR zu steigen.

Berechnungsgrundlage bildeten die insgesamt 399 beitragspflichtigen Betriebsstätten der Stadtverwaltung, von denen 158 regulär beitragspflichtig waren und 241 als privilegierte Betriebsstätten eingestuft wurden (Schulen, Kindertagesstätten und Feuerwehr). Hinzu kamen 84 beitragspflichtige Kraftfahrzeuge im Eigentum der Landeshauptstadt. Nicht erfasst in diesen Zahlen sind Unternehmen mit einem kommunalen Gesellschafteranteil von mehr als 50 % wie zum Beispiel die Dresdner Verkehrsbetrie-

be AG sowie Verbände und Vereine, bei denen die Stadt Gesellschafter ist oder die sich vorrangig durch städtische Fördermittel finanzieren. Die Antwort lässt sich im Detail auf der Webseite der Fraktion nachlesen (<http://afd-fraktion-dresden.de/unsere-anfragen/articles/anfrage-af079715.html>) Die Dresdner AfD-Stadträte unterstützen mit ihrer Anfrage grundsätzlich die Forderung der Alternative für Deutschland nach endgültiger Abschaffung dieser pauschalen Zwangsgebühr und werden auch zukünftig weitere Schritte in diese Richtung unternehmen.

INHALT

Dresdens Rundfunkbeitrag	01
Klausurtagung mit Ortsbeiräten	02
Keine Asylbewerber in Turnhallen	03
Erziehungshilfen: 70 Mio. EUR	04
Jung, männlich – und muslimisch	05
Dresdens Asylbewerberproblem	06
INVEST REGION DRESDEN	07
Ausschuss- und Beiratsmitglieder	08

KONTAKT BÜRO

AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
Rathaus, 1. Etage, Raum 174
01067 Dresden

www.afd-fraktion-dresden.de

[www.facebook.com/
 AfDFraktionDresden](https://www.facebook.com/AfDFraktionDresden)

Tel 0351 - 4 88 10 50
Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dd.de

IHRE STADTRÄTE

Stefan Vogel
 (Fraktionsvorsitzender)
sv@afd-fraktion-dd.de

Gordon Engler
 (Stellv. Fraktionsvorsitzender)
ge@afd-fraktion-dd.de

Jörg Urban MdL
ju@afd-fraktion-dd.de

Harald Gilke
hg@afd-fraktion-dd.de

GEMEINSAM FÜR DRESDENS BÜRGER ARBEITEN.

Klausurtagung unserer Stadträte mit AfD-Ortsbeiräten.

Am 28. August 2015 trafen sich die vier AfD-Stadträte mit den 13 AfD-Ortsbeiräten sowie deren Stellvertretern zu einer gemeinsamen Klausurtagung im Neuen Rathaus. Auf der Tagesordnung stand die Diskussion darüber, wie die Alternative für Deutschland im Dresdner Stadtrat noch erfolgreicher agieren und unsere kommunalpolitische Arbeit im Sinne der Dresdner Bürger auch in den Stadtteilen entsprechend umgesetzt werden kann. Es galt, das erste Jahr der Dresdner AfD-Stadträte auszuwerten, bestehende Strukturen zu prüfen und die Fraktion sowie die Ortsbeiräte auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

„Die Altparteien haben die Augen verschlossen vor der Realität und dies als politische Handlungsfähigkeit hinzustellen versucht. Ihre Rhetorik hat sich in Floskeln wie „Buntheit“, „Vielfalt“ oder „Willkommen“ erschöpft. Einer sach- und lösungsorientierten Politik der AfD-Fraktion steht auf Seite der Altparteien eine intellektuelle Diskussion auf Kindergartenniveau gegenüber – zumindest in der Vergangenheit. Es wird geklatscht über ein Bob-der-Baumeister-Zitat der Bundeskanzlerin, wo nur noch das ‚Jo!‘ gefehlt hat!“
 (Stefan Vogel in seiner Stadtratsrede zur Asylbewerber-Unterbringung am 3. September 2015)

Fraktionsvorsitzender Stefan Vogel ließ in seiner Begrüßungsrede die vergangenen zwölf Monate Revue passieren, erinnerte an den erfolgreichen Ersteinzug der AfD in den Dresdner Stadtrat sowie an den Oberbürgermeister-Wahlkampf unter erschwerten Bedingungen. Mit Genugtuung verwies Stefan Vogel darauf, dass mehrere Initiativen und Anträge der AfD im vergangenen Jahr von den etablierten Fraktionen zwar anfangs abgelehnt, später jedoch in der einen oder anderen Form wieder auf die Agenda gesetzt wurden – um schließlich manchmal doch beschlossen zu werden.

Ob Modernisierung der Stadtratsarbeit, Einrichtung eines Familienbeirates oder Begrenzungen bei der Asylbewerber-Un-

terbringung – der 2014 erfolgte Einzug der Alternative für Deutschland in den Stadtrat sei das Beste, was Dresden passieren konnte. Zugleich stellte Stefan Vogel klar, dass die AfD-Stadträte sich nicht auf ersten Erfolgen ausruhen dürften, sondern Probleme weiterhin konsequent benennen und konstruktive Lösungsvorschläge erarbeiten müssten.

Schwerpunkt der Klausurtagung mit den AfD-Ortsbeiräten bildete die Optimierung der Fraktionsarbeit durch verstärkte Einbindung der Ortsbeiräte mitsamt ihren lokalen Themen. Während der umfangreichen Diskussion wurde ein Konzept erarbeitet, dass die Kommunikation zwischen

den verschiedenen Gremien, an denen die AfD innerhalb Dresdens beteiligt ist, verbessern soll.

Dadurch soll sowohl die Fraktionsarbeit erleichtert als auch eine stärkere Präsenz bei den Bürgern vor Ort erreicht werden, um deren Anliegen direkter in den politischen Entscheidungsprozess einbinden zu können.

Anschließend erörterten die Teilnehmer der Klausurtagung die zukünftigen Schwerpunktthemen, wobei die massiven Kostensteigerungen und sonstigen Belastungen durch den anhaltenden Zustrom tausender Asylbewerber als die mit Abstand größte Herausforderung für die sächsische Landeshauptstadt eingeschätzt wurde.



DIE AFD-STADTRÄTE ONLINE

<http://afd-fraktion-dresden.de/fraktion.html>



DIE AFD-ORTSBEIRÄTE ONLINE

<http://afd-fraktion-dresden.de/stadtteile.html>

KEINE ASYLBEWERBER-UNTERBRINGUNG IN SCHULEN UND TURNHALLEN!

AfD-Fraktion lässt temporären Aufnahmestopp und schnellere Abschiebungen prüfen.

Am 1. Oktober 2015 war es leider auch in Dresden so weit: Die Stadtverwaltung bestimmte die ersten vier Turnhallen für eine Zweckentfremdung zur Asylbewerber-Unterbringung, nachdem Oberbürgermeister Dirk Hilbert zuvor gegenüber der Sächsischen Staatsregierung darauf verzichtet hat, die Interessen der durch ihn vertretenen Bürger durchzusetzen. Allerdings leisteten bei einem dieser Objekte, an der Thäterstraße in Dresden-Übigau, engagier-

„[...] Dazu gehört zwingend, dass Schulen für Kinder ein geschützter Raum sind und auch bleiben müssen, dass nicht sehenden Auges ein Unterbringungsnotstand zu Lasten der Dresdner Bürgerinnen und Bürger herbeigeführt und die öffentliche Ordnung auf Grund fehlender Durchsetzung geltender Regeln mutwillig außer Kraft gesetzt wird.“

(aus der Begründung unseres Antrages A0149/15)

te Anwohner drei Wochen lang Widerstand gegen die Beschlagnahmung, der erst durch einen Polizeieinsatz gebrochen werden konnte. Aber auch Landeselternrat Sachsen sowie Kreiselternrat Dresden reagierten prompt auf diese Zumutung für unsere Kinder und verwahrten sich mit deutlichen Stellungnahmen.

Provoziert unter anderem durch die fahrlässige Einladungsgeste der hoffentlich nicht mehr lange im Amt bleibenden Bundeskanzlerin, die damit verbundene, weltweit kommunizierte „Willkommenskultur für alle“ mit ihren hohen Anreizfaktoren sowie durch das angeordnete passive Verhalten der zuständigen Sicherheitsbehörden ist Deutschland mittlerweile an einem Punkt angelangt, der keine effektive Steuerungsmöglichkeit dieses illegalen Zustroms von Asylforderern mehr zulässt.

Auch wenn auf kommunaler Ebene nicht wirklich effektiv Widerstand gegen diesen tagtäglichen Rechtsbruch geleistet werden kann, wollen die AfD-Stadträte ihren Beitrag zur Beendigung des derzeitigen Asyl-

chaos beitragen. Sie haben deshalb folgenden Antrag (A0149/15) gestellt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, 1.) die Stadtverwaltung anzuweisen, entsprechend der ‚Stellungnahme des Landeselternrates Sachsen zur Nutzung der unmittelbar an Schulen angeschlossenen Sporthallen als Erstaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünfte‘ vom 4. Oktober 2015 keine Asylbewerber mehr in städtischen Bildungseinrichtungen, insbesonde-

re nicht mehr in Schulen und den mit ihnen verbundenen Turnhallen, unterzubringen. Eine zwischenzeitlich begonnene Nutzung ist umgehend wieder zu beenden.

2.) das ihm unterstehende Rechtsamt prüfen zu lassen, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, entweder bis zur Klärung

der aktuellen Unterbringungssituation einen temporären Aufnahmestopp in der sächsischen Landeshauptstadt für alle Asylbewerber zu verhängen oder aktiv Einfluss auf die Anzahl sowie Auswahl der uns zugeteilten Asylbewerber zu nehmen (zum Beispiel bevorzugte Aufnahme von Frauen, Familien und älteren Menschen).

3.) das ihm unterstehende Ordnungsamt prüfen zu lassen, welche Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit den Landes- bzw. Bundesbehörden (Landesdirektion, Landespolizei, Bundespolizei usw.) bestehen, um rechtskräftig abgelehnte aber sich noch in Dresden aufhaltende Asylbewerber so schnell wie möglich in ihre Herkunftsländer abzuschieben.

4.) Die Prüfberichte der unter 2.) und 3.) aufgeführten Prüfaufträge sind vom Rechts- sowie vom Ordnungsamt allen Stadträten so schnell wie möglich zu übermitteln, spätestens jedoch in der Stadtrats-sitzung am 10.12.2015 durch den Oberbürgermeister oder einen Beigeordneten zu präsentieren.“

Wo bislang Dresdner Kinder Sportunterricht erhielten und Vereine Turnhallen nutzen konnten, quartierte die Stadtverwaltung jetzt Asyl fordernde junge Männer ein.



UNSER ANTRAG IM WORTLAUT

<http://afd-fraktion-dresden.de/asyl/articles/keine-asylbewerber-in-schulen-turnhallen.html>

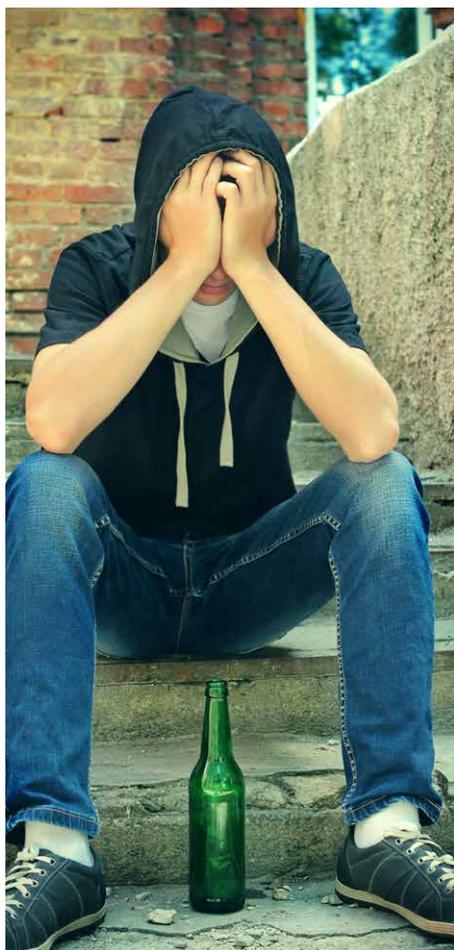


PRESSEMITTEILUNG KREISELTERNRAT

<https://de-de.facebook.com/KreiselternratDresden/posts/1098681653483186>

GRÖSSTER EINZELPOSTEN IM DRESDNER STADTHAUSHALT: ERZIEHUNGSHILFEN.

70 Millionen EUR fallen allein im Jahr 2015 an - 10 Millionen EUR mehr als 2014.



„59 Dresdner und weitere 160 auswärtige Träger der freien Jugendhilfe wurden im Jahr 2014 mit der Ausführung der Hilfen zur Erziehung [...] beauftragt.“

Der Dresdner Beigeordnete für Finanzen, Hartmut Vorjohann, ließ sich in einem Interview am 15. August 2015 („DNN“) wie folgt zitieren: „Ein Riesenproblem sind die Hilfen zur Erziehung im Jugendamt. Da haben wir Steigerungsraten von zehn Millionen Euro pro Jahr. Obwohl wir die Haushaltsanmeldungen des Jugendamtes eins zu eins übernommen haben, fehlen schon

wieder sechs Millionen Euro. [...] 2013 haben wir 50 Millionen Euro ausgegeben, 2014 60 Millionen. Für dieses Jahr haben wir 64 Millionen Euro eingeplant, 70 sollen es werden. Die Fachleute sind ratlos. Eine schlüssige Erklärung für den Anstieg gibt es nicht. Wir müssen aufpassen, dass aus der Fallbetreuung keine Arbeitsplatzsicherung bei freien Trägern wird.“

Wenige Tage später musste Hartmut Vorjohann eine Haushaltssperre verhängen, die vom Dresdner Oberbürgermeister Dirk Hilbert am 19. August 2015 („DNN“) wie folgt kommentiert wurde: „Wir müssen die Ursachen für die enormen Steigerungen in den Hilfen zur Erziehung analysieren und für kommende Haushalte versuchen gegenzusteuern.“

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass der Einzelposten der Erziehungshilfen mittlerweile deutlich mehr als fünf Pro-

Wohnformen“; 7,2 Mio. EUR für „Sozialpädagogische Familienhilfe“; 5,9 Mio. EUR für „stationäre Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“; 3,8 Mio EUR für „Vollzeitpflege“ und 3,0 Mio. EUR für „gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und deren Kinder“.

Den in 2014 betreuten 27 „unbegleiteten ausländischen Minderjährigen“ (uaM) stehen in 2015 allein bis zum 16. Oktober schon 143 „uaM“ gegenüber. Wenn sich diese Entwicklung so fortsetzt – und derzeit deutet alles darauf hin – dann werden in den nächsten Monaten vor allem diejenigen Kostenbereiche der Erziehungshilfen rasant wachsen, die durch „unbegleitete ausländische Minderjährige“ verursacht werden.

Den AfD-Stadträten und unserem neuen AfD-Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Maik Augustin, ist natürlich bewusst, dass

„Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.“ (§ 27, Abs. 1 im Sozialgesetzbuch VIII = Achstes Buch zur Kinder- und Jugendhilfe)

zent des gesamten städtischen Haushalts ausmacht, hatte der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion, Gordon Engler, eine schriftliche Anfrage an den Oberbürgermeister gestellt. Diese wurde am 2. November 2015 beantwortet und die Kostenschätzung für dieses Jahr in Höhe von 69,9 Mio. EUR bestätigt.

Des Weiteren enthielt diese Antwort eine detaillierte Aufschlüsselung der 2014 angefallenen 59,6 Mio. EUR Erziehungshilfen für insgesamt 2.075 betreute Kinder und Jugendliche – nachfolgend die fünf größten Kostenblöcke im Überblick: 27,4 Mio. für „Heimerziehung und sonstige betreute

die dafür verantwortlichen gesetzlichen Regelungen im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) nur auf Bundesebene wieder geändert werden können – was erst ab 2017 mit einer dann auch im Bundestag vertretenen AfD-Fraktion möglich sein wird.

Dass hier aber dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt auch die Ankündigung, dass ab November 2015 zusätzlich mehr als 400 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (voraussichtlich meist junge muslimische Männer zwischen 14 und 17 Jahre) nach Dresden kommen und dann ebenfalls Anspruch auf Hilfen zur Erziehung haben werden.



UNSERE ANFRAGE IM WORTLAUT

www.afd-fraktion-dresden.de/unsere-anfragen/articles/anfrage-af079815.html



DIE §§ 27 BIS 35 IM SGB VIII

www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/index.html

UNBEGLEITETE AUSLÄNDISCHE MINDERJÄHRIGE: JUNG, MÄNNLICH – UND MUSLIMISCH.

Dresden steht deshalb 2016 vor einer Kostenexplosion kommunaler Erziehungshilfen.

Laut dem Dresdner Jugendamtsleiter Claus Lippmann (am 5. Oktober 2015 im Jugendhilfeausschuss) rechnet die Stadtverwaltung „inzwischen mit mehr als 400 Flüchtlingskindern, die ohne Begleitung von Erwachsenen nach Deutschland gekommen sind und von Dresden untergebracht werden müssen.“ Zwei Tage später bestätigte der Pressesprecher der Stadtverwaltung, dass „spätestens ab 1. November mit einer großen Zahl von Kindern und Jugendlichen gerechnet wird, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, aber nicht von Erwachsenen begleitet werden. [...] Bislang werden in Dresden [...] Kinder und Jugendliche betreut, die meist zwischen 15 und 16 Jahren alt sind.“

Mittlerweile gehen interne Schätzungen der Stadtverwaltung von bis zu 600 „unbegleiteten ausländischen Minderjährigen“ (uaM) aus, die in Dresden nach den Vorgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes betreut

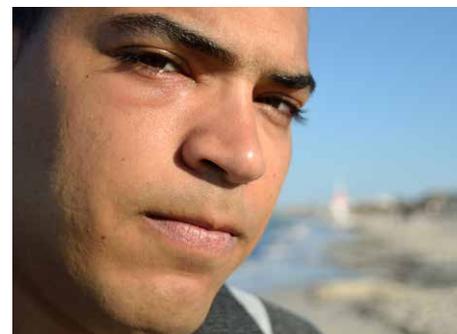
Alter her als „Kinder“, während dagegen 14- bis 17-jährige als „Jugendliche“ einzustufen sind. Statistiken zur Altersstruktur der „uaM“ sagen übereinstimmend aus, dass fast alle von ihnen mindestens 14 Jahre oder älter sind – sowie vorwiegend männlichen Geschlechts. So waren laut der Antwort des Dresdner Oberbürgermeisters Dirk Hilbert auf eine Anfrage unseres Stadtrates Gordon Engler (AF0805/15) von den im Jahr 2015 in Dresden zum Stichtag 16.10.2015 in Obhut genommenen 143 „uaM“ genau 139 zwischen 14 und 17 Jahren alt (97 %) und nur vier jünger als 14 Jahre (3 %) – sowie 140 männlichen Geschlechts (98 %) und nur drei weiblich (2 %). Werden auch Hauptherkunftsländer berücksichtigt, wird klar, dass eine deutliche Mehrheit von ihnen aus muslimisch geprägten Kulturen stammt (in Dresden vor allem aus Syrien, Afghanistan und Palästina) – eine Herausforderung in jeder Hinsicht.

„Vom 1. Januar 2015 bis 16. Oktober 2015 erfolgten in der Landeshauptstadt Dresden 143 Inobhutnahmen von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM). Bei diesen Inobhutnahmen im Kinder- und Jugendnotdienst sind 4 uaM unter 14 Jahren und 139 unter 18 Jahren (davon: 3 weibliche Personen), welche vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und Palästina kommen.“ (Aus der Antwort des Oberbürgermeisters Dirk Hilbert vom 2. November 2015 auf die Anfrage AF0805/15 von AfD-Stadtrat Gordon Engler).

werden. Deshalb kommen zu den 2015 anfallenden 70 Mio. EUR Erziehungshilfe-Kosten im nächsten Jahr voraussichtlich weitere ca. 20 Mio. EUR auf die sächsische Landeshauptstadt zu. Die haushaltspolitische Brisanz ist aber bislang noch nicht von allen realisiert worden, stellen doch diese Hilfen zur Erziehung den mit Abstand größten Einzelposten im Stadthaushalt dar. Häufig ist in Pressemeldungen auch von „Flüchtlingskindern“ die Rede, was aber in die Irre führt. Denn gemäß Jugendschutzgesetz gelten nur ein- bis 13-jährige vom

Hinzu kommt, dass es keine Dokumente gibt, die das Alter der jungen Männer verlässlich nachweisen, wodurch auch vermeintlich 17jährige – die eigentlich wie 20 aussehen – betreut werden könnten. Oberbürgermeister Hilbert antwortete hierzu, dass „das Jugendamt [...] die Minderjährigkeit durch Einsicht in deren Ausweispapiere festzustellen oder hilfsweise mittels einer qualifizierten Inaugenscheinnahme einzuschätzen [hat]. In Zweifelsfällen kann eine ärztliche Untersuchung zur Altersfeststellung veranlasst werden.“

Die eigentliche Herausforderung besteht jedoch darin, dass für „uaM“ dieselben Regeln aus dem achten Sozialgesetzbuch gelten wie für ansonsten im Rahmen der Erziehungshilfe Betreute mit deutscher Staatsbürgerschaft. Dadurch liegen die monatlichen Durchschnittskosten der stationären Betreuung bei ca. 4.000,- EUR (entsprechend einer in der Antwort des Oberbürgermeisters zitierten Hochrechnung des Bayrischen Sozialministeriums, die von jährlich 48.000 EUR ausgeht). Trifft Dresden angesichts dieser Entwicklung nicht rechtzeitig Vorsorge, werden die Erziehungshilfe-Kosten weiter explodieren und den Stadthaushalt massiv belasten. Hinzu kommen Mittel für die Einrichtung von spezifischen Unterbringungsheimen: So hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 29. Oktober 2015 mit 28 zu 26 Stimmen (gegen die AfD) leider für die Schließung der Kindertageseinrichtung Oskar-Seyffert-Straße 11 im Dresdner Stadtteil Coschütz-Gittersee gestimmt, um dort „schnellstmöglich [eine] zeitlich befristete Unterbringungsmöglichkeit mit Betreuung für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge“ einzurichten. Das Ziel von Rot-Grün scheint demnach zu sein: Deutsche Kinder raus – junge, männliche Muslime aus dem Ausland rein.



Die deutschen Jugendämter rechnen in diesem Jahr mit bis zu 30.000 unbegleiteten ausländischen Minderjährigen.



UNSERE ANFRAGE IM WORTLAUT

<http://afd-fraktion-dresden.de/unsere-anfragen/articles/anfrage-af080515.html>



ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

<http://www.b-umf.de/images/groe-anfrage-umf-2015.pdf>

DIE LANDESHAUPTSTADT DRESDEN UND IHR ASYLBEWERBERPROBLEM.

Rede Gordon Englers zur Aktuellen Stunde im Stadtrat am 29. Oktober 2015.

Bei der Sitzung des Dresdner Stadtrats am 29.10.2015 hielt Gordon Engler zu der von seiner Fraktion unter dem Thema „Weitere Planungen der Landeshauptstadt Dresden bei der Asylbewerberunterbringung“ beantragten Aktuellen Stunde die Eingangsrede, welche wir nachfolgend in Auszügen dokumentieren:

„Wir leben in zusehends unruhiger werdenden Zeiten. Hunderttausende Menschen durchqueren seit Monaten den Südosten Europas, um in Staaten mit besonders ausgeprägter Anreiz- und Will-

„Zum Stichtag 30.09.2015 lebten in der Landeshauptstadt Dresden insgesamt 3.243 Asylsuchende, [von denen] der Landeshauptstadt Dresden bis zum 30.09.2015 insgesamt 1.867 Asylsuchende zugewiesen [wurden]. Zum Stichtag waren [...] insgesamt 561 abgelehnte Asylsuchende (mit Duldung) untergebracht. Die Hauptherkunftsländer der gegenwärtig in Dresden lebenden Asylbewerber sind: Syrien (353), Russland (337), Afghanistan (262), Eritrea (258), Kosovo (199), Indien (186), Pakistan (185), Tunesien (177) und Irak (177).“ (aus der Antwort des Oberbürgermeisters vom 29.10.2015 auf Gordon Englers Anfrage AF0794/15).

kommenskultur zu gelangen, allen voran Schweden und Deutschland. Beide Länder sind gezwungen, die täglich ankommenden Menschen menschenwürdig unterzubringen. Gleichzeitig wächst vielerorts in Deutschland der Widerstand gegen diese ungewollte und ungesteuerte Masseneinwanderung. Die Menschen sehen nicht nur, wie wenig solidarisch sich viele andere Staaten der Europäischen Union in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise verhalten, sondern sie sehen auch, wie deutsche Kommunen sprichwörtlich allein gelassen werden mit der Unterbringung dieser Menschen. [...]

Stattdessen darf sich Dresden aber zusätzlich zu den bereits zugewiesenen rund 3.200 Asylbewerbern noch auf weitere 2.000 bis 3.000 bis Jahresende einstel-

len. Wie soll das funktionieren ohne weitere Zweckentfremdung von Turnhallen, von Markthallen, von Schulen? [...] Liebe Kollegen, wir als AfD-Fraktion werden uns auf jeden Fall einer Asylbewerberunterbringung in Schulen und Sporthallen entgegenstellen und haben deshalb einen entsprechenden Antrag in den Stadtrat eingebracht.

Auch haben wir dem Oberbürgermeister ausführliche Anfragen zur Kostenexplosion in der Erziehungshilfe gestellt. Den meisten in unserer Stadt ist noch nicht ansatzweise klar, dass die erwarteten 400 bis

600 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge den Stadthaushalt in 2016 bis zu ca. 20 Millionen EURO kosten werden; und das zusätzlich zu den 70 Millionen EURO Erziehungshilfe-Kosten, die wir schon in 2015 bewältigen müssen.

Gleichzeitig wird es allerdings auch in anderer Weise ungemütlicher in Dresden. Der Wiener Platz ist zu einem Hort der Drogenkriminalität geworden. Frauen werden von Asylbewerbern am helllichten Tag überfallen und vergewaltigt, oder zumindest sexuell belästigt. Immer mehr Geschäfte klagen über Schwundeffekte, wenn Flüchtlinge „einkaufen“ gehen. [...]

Ja, ich habe Einwanderer gesagt. Denn die Termini Flüchtlinge, Asylbewerber oder Schutzsuchende kaschieren nur den Umstand, was diese Menschen tatsächlich

darstellen: sie sind nämlich gekommen, um zu bleiben. Die Frage ist nur, ob wir als Gastgeber und Staatsbürger dieses Landes das überhaupt so wollen.

Herr Oberbürgermeister, [...] für eine Erklärung gegen PEGIDA hatten Sie zumindest Zeit. Doch sage ich ihnen, mit solch symbolischen Erklärungen werden sie das real oder vermeintlich beschädigte Ansehen Dresdens nicht heilen können – geschweige denn die Demonstranten von den Straßen holen. Wir brauchen endlich entschlossenes Handeln in Dresden, im Land und im Bund – um die berechtigten Interessen der einheimischen Bevölkerung durchzusetzen. Damit vor allem auf Landes- und Bundesebene endlich gehandelt wird, dazu kann die Stadt Dresden in Zusammenschluss möglichst aller Kommunen politische Signale setzen. Machen Sie es, Herr Hilbert, machen wir es, liebe Kollegen – bevor die Straße das Heft des Handelns in die Hand nimmt! Setzen wir ein Signal, dass es ein „Weiter so“ nicht geben darf!



„Von den zum 30.09.2015 in Dresden untergebrachten 561 abgelehnten aber derzeit geduldeten Asylsuchenden stammen 80 aus Indien, 79 aus Russland, 51 aus Kosovo, 48 aus Tunesien, 38 aus Serbien, 28 aus Pakistan, 27 aus Irak, 25 aus Libanon und 23 aus Mazedonien.“



DIE REDE IM WORTLAUT

<http://afd-fraktion-dresden.de/asyll/articles/asyll-rede-engler-stadtrat-29102015.html>



ANTWORT DES OBERBÜRGERMEISTERS

<http://afd-fraktion-dresden.de/unsere-anfragen/articles/anfrage-af079415.html>

AFD WILL INVEST REGION DRESDEN OBERES ELBTAL GMBH.

Fraktionsantrag: Regionale Wirtschaftsförderung soll um Investoren werben.

Weltweit befinden sich Länder und Regionen in einem zunehmend stärker werdenden Wettbewerb um Investitionen, bei dem es auf eine möglichst optimale eigene Positionierung ankommt.

Deshalb sind die AfD-Stadträte der Meinung, dass sich die sächsische Landeshauptstadt sowie die umliegenden Landkreise Bautzen, Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gemeinsam gegenüber nationalen und internationalen Investoren als INVEST REGION DRESDEN präsentieren sollten.

Das Potential unserer Wirtschaftsregion mit ihren derzeit mehr als 1,3 Millionen Einwohnern kann dadurch noch erfolgreicher vermarktet werden.

Ziel muss es sein, die wirtschaftliche Leistungskraft Dresdens sowie der drei Landkreise deutlich zu verbessern, neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie die relevanten Akteure optimaler zu vernetzen. Als Vorbild kann dabei die im September 2013 gegründete „Invest Region Leipzig GmbH“ dienen.

Zu diesem Zweck hat die AfD-Fraktion einen Antrag (A0135/15) im Stadtrat eingebracht, der den Oberbürgermeister beauftragt, die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft der Region Dresden/Oberes Elbtal vorzubereiten.

Diese sollte mindestens folgende Gesellschafter haben:

- Landeshauptstadt Dresden,
- Landkreis Bautzen,
- Landkreis Meißen,
- Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge,
- Industrie- und Handelskammer Dresden,
- Handwerkskammer Dresden,
- Dresden Marketing GmbH.

„Die Invest Region Leipzig GmbH ist seit September 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig aktiv. Ihre Kernziele bestehen in der Initiierung und Akquisition arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen sowie in der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland für die Region Leipzig. Zur Erreichung dieser Ziele stellten wir uns als eine moderne, schlanke und schlagkräftige Akquisitions- und Ansiedlungsagentur auf, die [...] mit einem zielgruppengenaue, integrierten Standortmarketing-Mix aus Public Relations, Print- und Außenwerbung, Direct Marketing, Roadshows, Promotions und Social Media nicht nur das Profil unserer Wirtschaftsregion schärft, sondern effektive Akquisitionsförderung und Ansiedlungsunterstützung leistet.“
(Starttext auf der Webseite der „Invest Region Leipzig GmbH“)

Bei Bedarf können weitere Gesellschafter berücksichtigt werden. Außerdem ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Regionalen Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge anzustreben. Die Gesellschaft mit dem vorgeschlagenen Namen „INVEST REGION DRESDEN (Oberes

Elbtal) GmbH“ soll vor allem für arbeitsplatzschaffende gewerbliche Direktinvestitionen sorgen, qualifizierte Fachkräfte gewinnen sowie die Standortvorteile der INVEST REGION DRESDEN auf nationalen und internationalen Märkten präsentieren.

„Geografischer Mittelpunkt der geplanten INVEST REGION DRESDEN ist das Obere Elbtal, um das sich die drei beteiligten Landkreise sowie die sächsische Landeshauptstadt gruppieren.“



UNSER ANTRAG IM WORTLAUT

<http://afd-fraktion-dresden.de/mittelstand/articles/invest-region-dresden.html>



INVEST REGION LEIPZIG GMBH

www.invest-region-leipzig.de

WER IST WER IM RATHAUS?

Aktuelle Übersicht unserer Ausschuss- und Beiratsmitglieder.

In den letzten Wochen und Monaten kam es aus unterschiedlichen Gründen zu Umbesetzungen der von unserer AfD-Fraktion entsandten Mitglieder in einigen beschließenden Ausschüssen sowie beratenden Beiräten. Wir veröffentlichen deshalb nachfolgend eine aktuelle Übersicht der jeweiligen Ansprechpartner (Stand: 15.11.2015).

Das 1905 bis 1910 erbaute Dresdner Neue Rathaus – Sitz der Stadtverwaltung, des Stadtrates und seiner Fraktionen: Dort tagen in der Regel auch die unten aufgeführten Ausschüsse und Beiräte. Vor dem hier zu sehenden Ostflügel mit Plenar- und Festsaal steht das 1952 geschaffene Denkmal der „Trümmerfrau“.



AUSSCHÜSSE

- Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen): Stadtrat **Stefan Vogel**;
- Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen): Stadtrat **Harald Gilke**;
- Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung): Stadtrat **Stefan Vogel**;
- Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetriebe der Krankenhäuser): Stadtrat **Harald Gilke**;
- Ausschuss für Jugendhilfe: **Maik Augustin**;
- Ausschuss für Kultur: Stadtrat **Gordon Engler**;
- Ausschuss für Petitionen und Bürgeranliegen: Stadtrat **Gordon Engler**;
- Ausschuss für Soziales und Wohnen: Stadtrat **Stefan Vogel**;
- Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten): Stadtrat **Harald Gilke**;
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau: Stadtrat **Jörg Urban** MdL;
- Ausschuss für Umwelt und Kommunalentwicklung (Eigenbetrieb Friedhofswesen): Stadtrat **Jörg Urban** MdL;
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung: Stadtrat **Gordon Engler**.

BEIRÄTE

- Integrations- und Ausländerbeirat: **Dirk Taphorn**;
- Beirat für Menschen mit Behinderungen: **Markus Ebert**;
- Beirat Gesunde Städte: **Hans-Joachim Klaudius**;
- Kleingartenbeirat: **Martin Lenkeit**;
- Seniorenbeirat: **Dr. Fritz Michalczyk**;
- Wohnbeirat: Stadtrat **Harald Gilke**;

Mehr Informationen über die Ausschüsse: <http://afd-fraktion-dresden.de/ausschuesse.html>
 Mehr Informationen über die Beiräte: <http://afd-fraktion-dresden.de/beiraete.html>

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke, Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)
 Postfach 12 00 20 - 01001 Dresden
 V.i.S.d.P.: Fraktionsvorsitzender Stefan Vogel

KONTAKT

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
 Fraktionsgeschäftsführer: Harald Kläebe
 Fraktionsreferent: Dirk Taphorn
 Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
 1. Etage, Raum 174
 Tel 0351 - 4 88 10 50
 Fax 0351 - 4 88 10 49
 post@afd-fraktion-dd.de
 www.afd-fraktion-dresden.de
 www.facebook.com/AfDFraktionDresden

REDAKTION

Harald Kläebe (Ltg.), Hans-Holger Malcomeß (Text- und Bildauswahl).
 Autoren: Autoren: Gordon Engler (4, 5, 6), Hans-Holger Malcomeß (1, 3, 4, 5, 6, 7, 8), David Steinmann (2), Stefan Vogel (1, 2).

FOTOS / BILDER

© Denis Junker/Fotolia.com (1), © Matthias Ott/Fotolia.com (3), © Sabphoto/Fotolia.com (4), © Eric Fahrner/Fotolia.com (5), © Teteline/Fotolia.com (6), © Frank/Fotolia.com (7, 8)

ERSCHEINUNGSWEISE

Zweimonatlich
DRUCKAUFLAGE
 2.000 Exemplare

Die „Alternativen für Dresden“ sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT?

Wir senden kostenfrei zu!
 Einfach Nachricht mit Kontaktdaten an:
post@afd-fraktion-dd.de